

Breite Zustimmung für Steffen Heitmann

Großen Beifall hat der Kandidat der CDU für das Amt des Bundespräsidenten, Steffen Heitmann, bei seinem ersten Auftritt in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 19. Oktober erhalten. Fraktionsvorsitzender Wolfgang Schäuble nach der zweieinhalbstündigen Diskussion: Steffen Heitmann hat überzeugt.

Der Bundeskanzler hatte den sächsischen Justizminister demonstrativ auf seinem Weg in den Fraktionssaal begleitet und griff mit einem engagierten Beitrag in die Aussprache ein. Helmut Kohl: Die CDU/CSU wird Sie auf Ihrem Weg zur Wahl des Bundespräsidenten mit großer Geschlossenheit unterstützen.

Heitmann erläuterte der Fraktion seinen bisherigen Lebensweg und begründete die politischen Positionen, die ihm wichtig seien. Wichtigste Aufgabe der kommenden Jahre: die Einheit Deutschlands vollenden. Aber nicht weniger wichtig sei es, Deutschland als mitteleuropäischen Staat mit seinen Nachbarn im Osten auszusöhnen, ohne die Westbindung zu verlieren.

Dokumentation

Steffen Heitmann. Porträts, Texte, Zitate und seine Rede am 17. Juni 1993 vor dem Deutschen Bundestag. Grüner Teil

HEUTE AKTUELL

● Neue Bundesländer

Verschweigen der positiven Aufbauleistungen führt zu falschen Bildern. Seite 2

Auf dem Weg zu gleichen Lebensverhältnissen vorangekommen. Seite 4

● Rentenversicherung

1. Januar 1994: Rente in den neuen Ländern wird abermals erhöht. Seite 7

● Kommunalfinanzen

Vorwurf der Kommunen unberechtigt. Waffenschmidt: Privatisierungsmöglichkeiten prüfen. Seite 8/9

● Gesundheitspolitik

Arzneimittelsicherheit: Vertrauen muß wiederhergestellt werden. Seite 10

● Kommunikation

Die CDU wird Anbieter im Dutex-J. Seite 11-14

● Niedersachsen

Stetiger Aufwärtstrend vor allem Verdienst von Christian Wulff. Seite 17

● Bildungspolitik

Peter Hintze: Einladung zum Dialog. Seite 21

Verschweigen der positiven Aufbauleistungen führt zu falschen Bildern

Anlässlich des CDU-Fachforums „Deutsch-Deutsche Medienbarrieren?“ am 30. September erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Medienpolitik der CDU, Parlamentarischer Staatssekretär Bernd Neumann:

Information und Berichterstattung in den westdeutschen Medien über die ehemalige DDR waren jahrzehntelang lückenhaft, oberflächlich und zum Teil schönfärberisch, so daß die bundesrepublikanische Gesellschaft und Politik von den katastrophalen Verhältnissen in allen Bereichen des ehemals kommunistischen Staates, die sich nach der Wende 1989 zeigten, völlig überrascht wurden. Man war darauf in keiner Weise vorbereitet.

Nachdem also die Probleme Ostdeutschlands in der Vergangenheit von den westdeutschen Medien mehrheitlich verniedlicht wurden, werden sie jetzt dagegen dramatisiert. Dadurch gewinnen die Bürger den falschen Eindruck, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten ihre wesentliche Ursache nicht in der Übernahme eines von Kommunisten völlig heruntergewirtschafteten Landes haben, sondern scheinbar in der Unfähigkeit der Politiker, mit diesen Problemen fertig zu werden.

Die konzentrierte Darstellung von Negativereignissen, die es zweifellos gibt, und

das fast völlige Verschweigen der vielen positiven Aufbauleistungen, die es ebenfalls gibt, führt nicht nur zu falschen Bildern in den neuen und alten Bundesländern, sondern fördert eine verhängnisvolle Demotivation in Ost und West.

Einseitig und irreführend

Die Berichterstattung über Ostdeutschland ist häufig einseitig und irreführend. Wer dagegen nach Ostdeutschland fährt und tatsächlich mit den Menschen vor Ort redet, der stellt immer wieder fest, daß die Stimmung tatsächlich wesentlich besser ist, als sie uns allabendlich im Fernsehen geschildert wird.

Die Berichterstattung über Ostdeutschland wird zu wenig den Problemen der dort lebenden Menschen gerecht, die durch die rasante gesellschaftliche und politische Umwälzung verursacht wurden. Der „Ossi-Wessi“-Gegensatz wird durch viele Medienbeiträge eher geschürt als abgebaut.

Insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgabe, nicht nur sachlich zu informieren, sondern auch zur Integration, zum Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschland, also zur inneren Einheit beizutragen. Dieser Auftrag wurde in der Vergangenheit und wird auch heute in bedenklicher Weise vernachlässigt.

Wir treten für die Freiheit und Vielfalt der Medien ein. Freie Medien ermöglichen die Bildung einer öffentlichen Meinung und tragen zur wirksamen Kontrolle staatlicher Macht bei. Sie wirken mehr denn je zuvor auf die Meinungsbildung ein, indem sie Themen und Standpunkte, Informationen und Sachverhalte auswählen und aufbereiten. Die Medien sind selbst ein politischer Faktor und tragen angesichts ihrer vielfältigen Einflußmöglichkeiten ein hohes Maß an Verantwortung für unser Gemeinwesen.

Aus dem Leitantrag zum neuen Grundsatzprogramm

Lehrstellenbilanz 1993: Ausbildung für alle – auch in den neuen Ländern

Allen Unkenrufen zum Trotz ist es auch in diesem Jahr wieder gelungen, durch gemeinsame Anstrengung aller an der Berufsausbildung Beteiligten, den Lehrstellenbewerbern in den neuen Ländern ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot zu machen.

Dies ist nicht nur ein Erfolg zugunsten der Jugendlichen, denen mit einer fundierten Ausbildung eine gute Basis für den Start in die berufliche Zukunft geboten wird, sondern auch ein notwendiger Beitrag zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses.

Bisher war die Entwicklung bei den Lehrstellen im Westen und Osten Deutschlands stark gegenläufig. Während sich in den alten Bundesländern das schon bekannte Überangebot abzeichnete, bestanden in den neuen Ländern Engpässe. Das hat sich, was Ostdeutschland betrifft, geändert.

Die Statistik zeigt, daß sich die Ausbildungsplatzsituation in den neuen Ländern in den letzten Wochen deutlich zum Positiven verändert hat: Heute stehen knapp 1.600 noch nicht vermittelten Bewerbern rund 2.100 offene betriebliche Ausbildungsplätze gegenüber.

Wesentlichen Anteil an dieser positiven Bilanz hat die im September von Bundeskanzler Helmut Kohl initiierte Gemeinschaftsinitiative von Bund und Ländern, mit der bis zu 10.000 außerbetriebliche Ausbildungsplätze bereitgestellt werden können.

Finanzierung und vorrangige Zielgruppen

Die gemeinsame Initiative von Bund und neuen Ländern dient mit einem auf drei-

einhalb Jahre verteilten Mitteleinsatz von 500 Millionen DM der Sicherung des Ausbildungsplatzangebotes in den neuen Ländern und orientiert sich an folgenden Zielen:

- Vorrangig ist die Ausbildung in Dienstleistungs- und kaufmännischen Berufen zu fördern.
- Junge Frauen haben Vorrang.
- Die Förderungsdauer umfaßt die gesamte Ausbildungsdauer, bei einem dreieinhalbjährigen Ausbildungsberuf gegebenenfalls bis 1997, soweit es nicht gelingt, die betreffenden Jugendlichen zwischenzeitlich zur Fortsetzung der Ausbildung in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis zu vermitteln.
- Die Fördermittel werden nach dem Ausmaß der regionalen Ausbildungsplatzlücken auf die neuen Länder aufgeteilt und der Bundesanstalt für Arbeit zugewiesen, die das Programm durchführt.
- Bund und neue Länder, einschließlich Berlin für den Ostteil der Stadt, übernehmen zusammen die Hälfte der Kosten des Programms.
- Die andere Hälfte der Kosten soll durch Mittel des Europäischen Sozialfonds gedeckt werden.

Erste Auswirkungen

Bereits in der ersten Woche zeigte die Gemeinschaftsinitiative Wirkung: Bis zum 8. Oktober 1993 wurden 5.746 Jugendliche für einen Ausbildungsplatz im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative vorgemerkt, so daß die Zahl der noch unvermittelten Bewerber auf 1.604 zurückging. Etwa 2.100 offene Stellen in Betrieben sind bei der Bundesanstalt für Arbeit noch gemeldet. ■

Auf dem Weg zu gleichen Lebensverhältnissen vorangekommen

In diesen Tagen konnten wir Deutschen den 3. Jahrestag unserer Wiedervereinigung feiern. Der ökonomische Zusammenschluß war mit der Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Juli 1990 schon ein Vierteljahr früher gekommen.

Die Transformation der sozialistischen Planwirtschaft in eine freiheitliche und soziale Marktwirtschaft ist mit einschneidenden strukturellen Veränderungen verbunden. Die Probleme sind größer als erwartet und werden durch die gegenwärtige rezessive Weltkonjunktur noch verstärkt. Ihre Bewältigung erfordert längerfristig große Anstrengungen und die Solidarität aller staatlichen Ebenen und gesellschaftlichen Gruppen.

Kein Wunder also, daß die fast überschwengliche Begeisterung von damals inzwischen einer gewissen Ernüchterung, hier und da sogar Enttäuschung, gewichen ist. Die Angleichung der Lebensverhältnisse geht vielen nicht schnell genug voran, vielleicht auch, weil die Erwartungen zu hoch gesteckt waren, auch im Westen.

Dennoch sind wir auf diesem Weg schon ein großes Stück vorangekommen, wie sich anhand der Daten des Statistischen Bundesamtes belegen läßt. Bei erheblich vergrößertem Warenangebot haben kräftige Lohnsteigerungen und Rentenerhöhungen in den jungen Ländern den Lebensstandard fühlbar ansteigen lassen. Dies läßt sich durch einen Vergleich maßgeblicher Indikatoren nach dem Stand 2. Halbjahr 1992 zum Stand 1. Halbjahr 1990 darstellen.

Entwicklung des Realeinkommens

Das monatliche verfügbare Einkommen hat sich in dem genannten Zweieinhalb-Jahres-Zeitraum

- bei Arbeitnehmerhaushalten (Ehepaar mit einem Kind) von 2.430 Mark (DDR) auf 4.049 Mark, also um 66,6 Prozent,
- bei Zwei-Personen-Rentnerhaushalten von 1.308 Mark (DDR) auf 2.515 Mark, also um gut 92 Prozent (bei Ein-Personen-Rentnerhaushalten sogar um mehr als 100 Prozent)

erhöht. Bei diesem Vergleich wird die Mark der DDR mit der DM gleichgesetzt. Berücksichtigt man die viel größere Kaufkraft der DM, so ist der tatsächliche Einkommenszuwachs sogar noch höher. Die-

Von Joachim Grünewald, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

sem Anstieg der verfügbaren Einkommen ist der Anstieg der Verbraucherpreise in den jungen Ländern gegenzurechnen, der sich auf etwa 30 Prozent beläuft.

Nach Abzug des Preisanstiegs ergibt sich das verfügbare Realeinkommen, das sich vom 1. Halbjahr 1990 bis zum 2. Halbjahr 1992

- bei Arbeitnehmern um mehr als 25 Prozent,
- bei Rentnern um etwa 50 Prozent

verbessert hat. Hervorzuheben ist, daß bei diesen Kaufkraftzuwächsen Mietsteigerungen, Verteuerung von Verkehrsleistungen usw. innerhalb des Preisindexes bereits berücksichtigt und schon gegenge-rechnet sind. Nicht berücksichtigt sind in den vorgenannten Zahlen die Realeinkommenszuwächse, die nach dem Fall der Mauer bis zum 1. Juli 1990 eingetreten sind.

So lag nach einer Studie des Ifo-Instituts München (Schnelldienst 23/91) bereits im ersten Halbjahr 1990 das Realeinkommen eines typischen ostdeutschen Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts um 16,7 Prozent über dem Jahresdurchschnittswert von 1989.

Bei allen methodischen Vorbehalten wegen Währungsumstellung und erheblich veränderten Verbraucherverhaltens dürfte sich demnach der bezifferbare reale Lebensstandard in den jungen Ländern im Vergleich zum DDR-Niveau vor dem Fall der Mauer bis Ende 1992

- bei Arbeitnehmer-Haushalten um 40 Prozent,
- bei Rentnerhaushalten um etwa 80 Prozent,

verbessert haben. Bei Arbeitslosen ist der reale Einkommenszuwachs zwar geringer, aber auch in diesen Fällen ergibt sich wegen des intakten sozialen Netzes „unter dem Strich“ in aller Regel im Vergleich zum früheren DDR-Niveau eine deutliche Verbesserung. Allerdings ist die hohe Arbeitslosigkeit äußerst unbefriedigend. Die Erwerbsquote der Männer liegt in den neuen Ländern mit 61,8 Prozent deutlich niedriger als in den alten Ländern mit 71 Prozent. Bei den Frauen hat die Erwerbsquote in den neuen Ländern mit 50,8 Prozent zwar keinen so großen Abstand vom Westniveau (53,8 Prozent). Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß in der früheren DDR das Potential an Erwerbspersonen bei den Frauen

deutlich stärker ausgeschöpft worden ist als im Westen. Das Erwerbsdefizit im Osten wird durch arbeitsmarktpolitische Instrumente allerdings erheblich abgemildert.

Fortschritte bei der Angleichung der Lebensverhältnisse

Ende 1992 betragen in den jungen Ländern die verfügbaren Einkommen und Einnahmen

- bei Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten rund 70 Prozent des West-Niveaus,
- bei Zwei-Personen-Haushalten von Rentnern und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen sogar schon 88,5 Prozent des Niveaus in den alten Ländern.

Bei diesem Vergleich darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Lebensverhältnisse ganz entschieden auch durch die freiheitlichen Rahmenbedingungen der Sozialen Marktwirtschaft im demokratischen Rechtsstaat mitgeprägt werden, zum Beispiel durch die Konsumfreiheit und ein breites internationales Warenangebot an jedem Ort, gute Chancen, eine selbständige Existenz aufzubauen, freie Wahl von Wohn- und Arbeitsort.

Für eine Verbesserung des Lebensstandards lassen sich auch noch andere „Wohlstandsindikatoren“ anführen:

- Bei Pkw und Farbfernsehern ist in den jungen Ländern inzwischen ein nahezu gleicher Ausstattungsgrad wie in Westdeutschland erreicht.
- Die Versorgung mit Telefonen ist zwar im Vergleich zum Westen noch geringer, die Zahl der privaten Telefone hatte sich aber schon im 2. Halbjahr 1992 gegenüber 1989 mehr als verdoppelt.
- Die Sparquote ist mit 13 Prozent fast so hoch wie im Westen mit 14 Prozent. ■

Anhebung der Beiträge zur Rentenversicherung notwendig

Der Beitragssatz zur Rentenversicherung muß ab 1. Januar 1994 19,2 Prozent betragen, damit entsprechend den Vorschriften des Rentenreformgesetzes Ende 1994 eine liquide Schwankungsreserve von einer Monatsausgabe vorhanden ist. Dies erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in Bonn.

Die jetzt erforderliche Anhebung des Beitragssatzes in der Rentenversicherung ist unvermeidlich, um Rentensicherheit auch für die Zukunft zu garantieren. Sie liegt nur geringfügig über der Schätzung, die bereits bei Verabschiedung der Rentenreform 1989 gemacht wurde (19,0 Prozent), obwohl die Rentenversicherung von 1992 bis 1994 einen Defizit ausgleich in den neuen Ländern von insgesamt 28 Milliarden DM trägt. Demgegenüber ist der gegenwärtige Beitragssatz von 17,5 Prozent erheblich niedriger, als bei der Rentenreform angenommen wurde, und der niedrigste Beitragssatz seit 1972 überhaupt. Vor allem der starke Beschäftigungsaufbau in den letzten 10 Jahren

hatte die Entwicklung der Rentenfinanzen so günstig beeinflusst, daß zum 1. April 1991 der Beitragssatz von 18,7 auf 17,7 und dann zum 1. Januar 1993 noch einmal auf 17,5 Prozent gesenkt werden konnte. Dadurch werden die Beitragssatzerlöse in der Rentenversicherung bis Ende 1993 um insgesamt rund 37 Milliarden DM entlastet.

Lasten gerecht verteilt

Wie in der Rentenreform 1992 im breiten Konsens der politischen Parteien vorgesehen, werden Belastungen durch den veränderten Altersaufbau unserer Gesellschaft und die schwierige wirtschaftliche Lage gleichmäßig auf alle am Rentenversicherungssystem beteiligten Gruppen verteilt. Die Renten bleiben damit sicher und orientieren sich in ihrer Höhe an der Entwicklung der verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist gerecht und soll so bleiben.

5. Regionalkonferenz mit kommunalen Mandatsträgern

In Vorbereitung auf die im kommenden Jahr anstehenden Wahlen führt die CDU Thüringen zusammen mit der Kommunalpolitischen Vereinigung für ihre Funktions- und Mandatsträger insgesamt fünf Regionalkonferenzen durch.

Die letzte Konferenz findet statt am Sonnabend, dem 30. Oktober 1993, 9.30 bis 15 Uhr, im Glaushaus-Center, Duderstädter Straße 36, 37339 Worbis,

Telefon (03 60 74) 22 01. Der Landesvorsitzende Ministerpräsident Bernhard Vogel wird einleitend ein Referat zum Thema „Thüringen vor dem Wahljahr 1994“ halten. Danach werden Innenminister Franz Schuster, Justizminister Hans-Joachim Jentsch und der erste stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Christoph Bender die gesetzlichen Bestimmungen sowie das Nominierungsverfahren für die CDU-Kandidaten vorstellen.

1. Januar 1994: Rente in den neuen Ländern wird abermals erhöht!

Zum 1. Januar 1994 wird es wieder eine Rentenanpassung geben. Sie beträgt nach dem Verordnungsentwurf, den Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in Kürze vorlegen wird, 3,64 Prozent.

Sie richtet sich nach der zu erwartenden Lohnentwicklung in den neuen Bundesländern im ersten Halbjahr 1994 und bewirkt die Sicherung eines gleich hohen Nettorentenniveaus in den alten und in den neuen Bundesländern.

Mit der erneuten Rentenanpassung erreicht die verfügbare Eckrente eines Durchschnittsverdieners in den neuen Bundesländern 75,3 Prozent des Westniveaus. Am 30. Juni 1990, dem Tag vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, hatte dieses Verhältnis, je nach Rentenbeginn, noch zwischen 29 und 37 Prozent gelegen.

Wie bei den zurückliegenden Anpassungen beschränkt sich die erneute Rentenanpassung in den neuen Ländern auf den

anpassungsfähigen Teil der Renten. Sogenannte Auffüllbeträge nehmen an der Rentenanpassung nicht teil. Mit jeder Anpassung wird jedoch der Anteil derjenigen Rentner größer, der die volle Anpassung erhält.

Die Rentenversicherung muß beitrags- und damit leistungsbezogen bleiben. Sie schafft Rechtspositionen und damit ein Stück Freiheit für jeden. Die Rentenbezüge sind gebunden an die Leistungskraft der im Erwerbsleben stehenden Generation. Wir halten an der Kopplung der Renten an die Entwicklung des verfügbaren Lohnes der Arbeitnehmer und damit des Wohlstandes in unserem Lande fest.

**Aus dem Leitantrag
zum neuen Grundsatzprogramm**

Mit der Rentenanpassungsverordnung werden in den neuen Ländern zugleich auch die Renten der Unfallversicherung entsprechend erhöht. Folge dieser Rentenanpassung wird auch eine entsprechende Erhöhung der Leistungen der Kriegsopferversorgung sein.

EAK-Bundestagung am 22./23. Oktober in Lübeck

Am Freitag, den 22. und Samstag, den 23. Oktober, findet in Lübeck die diesjährige Bundestagung des evangelischen Arbeitskreises der CDU statt.

Als Gastredner ist u. a. der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, eingeladen. Der Hauptveranstaltungstag wird der Samstag sein. Nach der Eröffnung der Tagung durch die EAK-Bundes-

vorsitzende Angela Merkel, findet zunächst eine Podiumsdiskussion zum Thema: „Im Dienste der Menschen: Die Einheit gerecht gestalten!“ statt. Als Teilnehmer haben unter anderem der Spitzenkandidat der niedersächsischen CDU für die Landtagswahl, Christian Wulff, der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Tyll Necker, sowie Generalsekretär Peter Hintze zugesagt. Sabine Christiansen wird die Diskussion leiten.

Vorwurf der Kommunen unberechtigt

Die Reduzierung des Defizits des öffentlichen Gesamthaushaltes ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Vertreter der Kommunen werfen der Bundesregierung vor, ihre Finanzpolitik führe bei ihnen zu übermäßigen Belastungen. Dieser Vorwurf ist unberechtigt.

Im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms hat der Bund hohe Lasten zugunsten der Bundesländer, die nun ihrerseits die Kommunen entlasten sollten, übernommen und zugleich bundesgesetzliche Entlastungen der Kommunen vorgenommen.

Im Rahmen der Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ab 1995 hat der Bund nämlich folgende Lasten übernommen:

- Aufstockung des Länderanteils an der Umsatzsteuer um 7 Punkte von 37 Prozent auf 44 Prozent (rund 16,8 Milliarden Mark),
- jährliche Bundesergänzungszuweisungen an die alten Länder in Höhe von ca. 7 Milliarden Mark, an die jungen Länder in Höhe von rund 18,5 Milliarden Mark, an denen die Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zu beteiligen sind,
- Finanzhilfen an die jungen Länder jährlich in Höhe von 6,6 Milliarden Mark, die zum großen Teil zur Förderung kommunaler Investitionsvorhaben Verwendung finden werden,
- Einbeziehung der Altverbindlichkeiten des kommunalen Wohnungswesens der jungen Länder in Höhe von rund 31 Milliarden Mark in den Erblastentilgungsfonds,
- Unterstützung der Kommunen im Beitrittsgebiet mit weiteren Milliarden Mark an Zinszuschüssen zur Bedienung der

Altverbindlichkeiten des kommunalen Wohnungswesens,

- erhebliche Aufstockung der Mittel für die Städtebauförderung, den Wohnungsbau und die Sanierung von Plattenbausiedlungen.

Als bundesgesetzlich festgelegte Entlastungen der Kommunen sind u. a. zu nennen:

- Das Sparpaket zum Haushalt 1996: Lohnpause im öffentlichen Dienst, steuerliche Maßnahmen, Absenkung von Sozialhilfearwendungen,
- die geplante Pflegeversicherung (Nettoentlastungen bei der Sozialhilfe in allen

**Von Joseph-Theodor Blank,
Hauptgeschäftsführer der
Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU**

Ländern 1996 rund drei Milliarden Mark),

- die Änderungen beim Asylrecht einschließlich der Neustrukturierung der Sozialhilfe für Asylbewerber,
 - die Neufassung des Konzessionsabgabeberechts (zusätzliche Einnahmespielräume für die Kommunen in den alten und jungen Ländern von jeweils 1,5 Milliarden Mark),
 - das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz,
 - die Beteiligung der Kommunen am Aufkommen des Zinsabschlags (Ausgleich von Mindereinnahmen an der veranlagten Einkommensteuer),
- Auswirkungen auf die Kommunal Finanzen haben weiterhin folgende Maßnahmen:

Waffenschmidt: Privatisierungen ohne Scheuklappen prüfen

Das Sparpaket der Bundesregierung muß in seinem Umfang erhalten bleiben. Wenn jemand Teile davon nicht will, muß er für gleichwertige Sparmaßnahmen sachgerechte Vorschläge machen.

Mit diesen Worten ging der Parlamentarische Staatssekretär, Horst Waffenschmidt, vor der außerordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages am 18. Oktober in Bonn auf die Kritik der Städte und Gemeinden am Sparpaket der Bundesregierung ein.

Im Blick auf die notwendige Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung — national wie international — müsse das angestrebte Sparvolumen unbedingt erreicht werden. Das sei die beste Initiative für die kommunalen Kassen. Das bewiesen — so der Staatssekretär — die durchweg guten

Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden in der Regierungszeit dieser Bundesregierung.

Im übrigen: Das Sparpaket der Bundesregierung senke die Zinsen. Auch das liege im Interesse der kommunalen Haushalte, weil höhere Zinsen sehr schnell Milliarden an Mehrbelastung für die Kommunen brächten.

Waffenschmidt erinnerte auch daran, daß bei den Solidarpaktverhandlungen mit dem Bundeskanzler die Länder gut abgeschnitten und damit Mittel auch für die kommunalen Haushalte erhalten haben. Nach dem Grundgesetz gehören Länder- und Kommunalfinanzen zusammen.

Auch die Städte, Gemeinden und Kreise müßten wie Bund und Länder ihre Sparbemühungen fortsetzen. Waffenschmidt: Ich rege erneut an, Privatisierungsmöglichkeiten ohne Scheuklappen zu prüfen.

● Die Absenkung von Lohnersatzleistungen: Mit ihren unmittelbaren Auswirkungen auf die Sozialhilfeausgaben belastet dies die Kommunen 1994 mit brutto rund vier Milliarden Mark. Dem steht aber eine jährliche Entlastung in Höhe von mittelfristig rund einer Milliarde Mark bei der Regelung, über die Anpassung und Höhe der Sozialhilfeausgaben (Nullrunde) gegenüber.

● Die Bereitstellung von Kindergartenplätzen: Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz kann nach Ansicht der Bundesregierung zeitlich gestreckt werden, wenn die Länder eine entsprechende Initiative ergreifen. Dies wird erhebliche Entlastungen für die Kommunen mit sich bringen.

● Die Bahnreform: Wesentlicher Bestandteil des Gesetzespaketes zur Bahnreform ist die Regionalisierung des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (SPNV) und damit der Transfer der beim Bund frei werdenden Mittel an die Länder zur Weiterleitung an die Träger des SPNV. Auf diesem Wege soll ein Ausbau der SPNV-Angebote durch die örtlichen Träger möglich sein. Zur Gesundung der Gemeindehaushalte sind jedoch eigene Konsolidierungsanstrengungen der Kommunen unabdingbar. Ein solcher Konsolidierungsspielraum bietet sich vor allem in den Bereichen Personalabbau, Überprüfung von öffentlichen Standards und Privatisierung kommunaler Aufgaben. ■

Arzneimittelsicherheit: Vertrauen muß wiederhergestellt werden

Mit der Entscheidung, das Bundesgesundheitsamt aufzulösen und die Einzelinstitute in die Selbständigkeit zu entlassen, hat der Bundesgesundheitsminister konsequent auf die gravierenden Informationspannen im Zusammenhang mit HIV-Infektionen durch Blut und Blutprodukte reagiert.

Es ist ein weiterer Schritt getan, um das Vertrauen der Bürger in die Arzneimittelsicherheit wieder herzustellen, das angesichts der Debatte um die Sicherheit von Blutpräparaten teilweise verloren gegangen ist. Jetzt ist ein Neubeginn möglich, der zur rascheren Warnung vor drohenden Gesundheitsgefahren führen wird, damit sich in Zukunft Pannen wie die der vergangenen Woche nicht wiederholen.

Unsicherheiten und Irritationen können nun ausgeräumt werden. Das Risiko, sich an einer Fremdblutkonserve mit HIV zu infizieren, ist mit etwa eins zu einer Million sehr gering, z. B. auch deutlich geringer als die Infektionsgefahr bei Hepatitis B oder C. Es besteht zu Panik kein Anlaß, darüber sind sich alle verantwortungsbewußten Experten einig. Eine hundertprozentige Sicherheit gibt es leider nicht, hier dürfen wir den Bürgerinnen und Bürgern keinen Sand in die Augen streuen.

Chancen der Gentechnik nutzen

Deshalb müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um das Restrisiko, sich über Blutprodukte zu infizieren, weiter zu reduzieren.

Mittelfristig werden wir in der Lage sein, Gerinnungsfaktor-VIII-Produkte gentechnisch herzustellen, wofür kein menschliches Blut benötigt wird. Bei die-

sen Präparaten ist die Gefahr einer Übertragung von HIV-Viren dann völlig ausgeschlossen.

Daher müssen wir die Chancen der Gentechnik insbesondere in der Medizin nutzen und bürokratische Hemmnisse endlich beseitigen. Wer sich hier aufgrund irrationaler Ängste der notwendigen Entwicklung verweigert, versündigt sich an den Patienten und muß bedenken: Jeder Bürger kann plötzlich auf diese Stoffe angewiesen sein, auch er selbst. Die Forderungen des mehrheitlich sozialdemokratischen Bundesrates im Zusammen-

Von Paul Hoffacker, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Gesundheitspolitik

hang mit dem von der Bundesregierung vorgelegten und vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Gentechnik-Gesetz bringen kein Mehr an Sicherheit und Schutz für Menschen und Umwelt. Sie sind ein Negativsignal an Medizin, Forschung und Industrie und gehören vom Tisch.

Gerade die Ereignisse der vergangenen Tage zeigen überdeutlich, daß eine vernünftige Entscheidung zugunsten des Zukunftsmarktes Gentechnik und insbesondere zugunsten der Menschen, die auf therapeutische Hilfe durch Gentechnik hoffen, dringend notwendig ist. Nur die Entwicklung von gentechnisch hergestellten Arzneimitteln und Diagnostika, z. B. von gentechnisch hergestellten Gerinnungsfaktoren, kann Risiken vollends beseitigen, die in diesen Tagen die Öffentlichkeit beunruhigen.

Die CDU wird Anbieter im Datex-J

Für die kommenden Wahlkämpfe werden die Aktualität und differenzierte Argumentation immer wichtiger. Die bisherigen Informationswege über Print-Medien haben eine zu lange Vorlaufzeit. Es müssen kürzere Wege beschritten werden, um die Wahlkämpfer vor Ort und die Wähler sofort zu erreichen. Einen solchen Weg bietet die elektronische Kommunikation.

Die CDU wird daher ab November aktuelle Informationen über DATEX-J (ehemals BTX) für jeden abrufbar bereitstellen. Zuerst ist vorgesehen, daß Pressemitteilungen direkt nach der Erstellung und

ist geplant, diese Zugangsgeschwindigkeit noch einmal auf 9600 Baud zu vervierfachen (die Einheit Baud gibt die Geschwindigkeit an, mit der Zeichen übertragen werden). Auch der noch schnellere ISDN-Zugang wird deutschlandweit möglich sein.

Bestechend für den Anwender sind die geringen Kosten von DATEX-J. Neben der monatlichen DATEX-J-Gebühr von 8, — DM sind deutschlandweit nur die Telefongebühren des Ortstarifs von 0,23 DM für 6 bzw. 12 Minuten plus einer Taktgebühr von 0,06 DM bzw. 0,02 DM pro Minute zu entrichten.

Von Klaus-Peter Schulze

Bestellmöglichkeiten

Seite 13 und 14

Auszüge aus dem UiD dort eingestellt werden. Diese können dann sofort vom DATEX-J-Anwender abgerufen werden. Alle Funktions- und Mandatsträger, CDU-Mitglieder und Wähler haben damit die Möglichkeit, Pressemitteilungen der CDU direkt und zeitgleich mit den Redaktionen der Medien zu erhalten und entsprechend schnell zu reagieren.

Was ist DATEX-J, wie hoch sind die Kosten?

DATEX-J, das Computernetz über die Telefonleitung, ist der „neue“ Mehrwertdienst, den die Deutsche Telekom seit dem 1. Januar 1993 anbietet. DATEX-J (J für Jedermann) stellt eine Erweiterung des seit 1983 bestehenden BTX-Dienstes dar. Zum bisherigen Zugang mit 1200/75 Baud wird im Laufe dieses Jahres in ganz Deutschland der doppelt so schnelle Zugang mit 2400 Baud kommen, später

Die Anwenderzahlen sind in diesem Jahr steil nach oben gegangen. Sie betragen zur Zeit fast 1,5 Millionen Anwender bei ca. 500.000 Anschlüssen, monatlich kommen 30.000 Anwender hinzu.

Wie wird man Teilnehmer am DATEX-J?

Die Deutsche Telekom führt in Verbindung z.B. mit der Firma 1&1 Telekommunikation noch mindestens bis zum 31.12.93 eine DATEX-J-Werbeaktion durch. Während dieser Zeit erhält der Anwender den DATEX-J-Anschluß, das 1200/75 Baud Modem und das PC-Dekoder Programm oder das TV-Anschluß Set **kostenfrei**. Für 129, — DM erhält er das 2400er Modem, mit dem er dann auch faxen und einen normalen Datenverkehr mit Mailboxen in der ganzen Welt durchführen kann, das PC-Dekoder-Programm und den DATEX-J-Anschluß. ■

Das Angebot der CDU im DATEX-J

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle wird ab November '93 Anbieter in DATEX-J. Nach dem Einwählen in das DATEX-J-Netz erhält man mit dem Aufruf * CDU # die „CDU-Leitseite“. Dieses neue Verfahren des Seitenaufrufs bedeutet einen großen Fortschritt beim DATEX-J-Dienst, weil der mühsame Suchvorgang mit Seitenzahlen damit der Vergangenheit angehört und man Zeit und Gebühren spart.

Als zweite Seite erscheint das Inhaltsverzeichnis. Auf dieser Seite wird auf das CDU-Angebot an politischen Themen verwiesen, die der Anwender dann von dort direkt aufrufen kann.

Es besteht außerdem für den Anwender die Möglichkeit, der CDU über „Antwortseiten“ selbst Informationen direkt zu übermitteln, Anfragen zu stellen und Kritik zu üben. Weiterhin ist es möglich, jedem anderen DATEX-J-Teilnehmer, falls dessen DATEX-J-Teilnehmernummer bekannt ist, direkt eine Nachricht zukommen zu lassen.

Weitere Informationsmöglichkeiten – Mehrwertnutzen

Ein weiterer Nutzen von DATEX-J ist beispielsweise das „Homebanking“. Man

kann damit von zu Hause aus nach Absprache mit der Bank seine Bankgeschäfte (Überweisungen, Daueraufträge, Abrufen des Kontostandes) per Datenfernübertragung abwickeln. Fast alle Banken sind heute schon Anbieter im DATEX-J. Der Anwender spart mit dem Homebanking teilweise auch enorme Überweisungskosten, da einige Banken die Gebühren für DATEX-J-Buchungen gegenüber der normalen Buchung erheblich gesenkt haben.

Natürlich sind auch noch weitere Angebote im DATEX-J vorhanden, wie z. B. der Fahrplan und die Fahrkartenbestellung bei der Deutschen Bundesbahn, die neuen Postleitzahlen und vieles mehr. Insgesamt gibt es zur Zeit ca. 2.700 Anbieter.

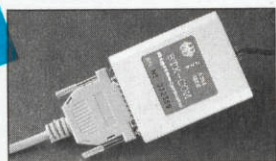
Hilfe für den Wahlkämpfer vor Ort

DATEX-J kann zu einer interessanten Informations- und Kommunikationseinrichtung, besonders im Super-Wahljahr 1994 werden. Das Mitglied vor Ort kann bereits fünf Minuten nach Herausgabe einer Information diese bei sich abrufen, speichern und ggf. mit dem PC-Programm selbst zu einem Flugblatt oder einer eigenen Pressemitteilung weiterverarbeiten. Wer aktuell und unverfälscht die Meinung der CDU erfahren will, kann diese im CDU-Angebot von DATEX-J lesen.

Ihr „heißer“ Draht zur CDU und zu rund 3.000 weiteren Angeboten in Datex-J und Bildschirmtext

Das PC-Anschluß-Set 1200 für Einsteiger:

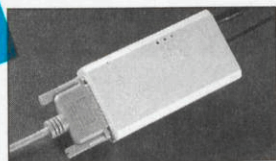
Kein Kauf!
Kein Risiko!



Das PC-Anschluß-Set 1200 ist ideal für Einsteiger, die sich einen Einblick in die umfangreichen Datex-J-Möglichkeiten verschaffen möchten. Sie können Informationen abrufen, speichern und sogar ausdrucken lassen. Wir überlassen Ihnen das Anschluß-Set leihweise ohne Zusatzkosten, solange Sie Datex-J nutzen.

Das PC-Anschluß-Set 2400 mit Fax-Option:

nur 129,- DM



Das leistungsfähige PC-Anschluß-Set 2400 bietet Ihnen einen schnellen und bequemen Weg durch die Vielfalt der Datex-J-Anwendungen und eröffnet außerdem zusätzliche Telekommunikationsfunktionen. Sie können z. B. auch Faxe versenden oder mit Mailboxen kommunizieren.

Ja, ich habe noch keinen Datex-J-Anschluß und möchte die vielen Möglichkeiten von Datex-J und Bildschirmtext nutzen!

- Bitte überlassen Sie mir leihweise ohne Zusatzkosten das PC-Anschluß-Set 1200 für Einsteiger. Wenn ich Datex-J bzw. Bildschirmtext nicht mehr nutze, sende ich das Set umgehend zurück.
- Ich bestelle das PC-Anschluß-Set 2400 mit Fax-Option zum Preis von 129,- DM. Den Betrag zahle ich per Nachnahme. Das Set ist mein Eigentum.
- Ich besitze bereits ein Modem. Bitte überlassen Sie mir einen kostenlosen Software-Decoder, damit ich Datex-J und Bildschirmtext nutzen kann.

Ich arbeite mit folgendem Betriebssystem:

- MS-DOS Amiga
 WINDOWS unter MS-DOS Atari

Ich benötige folgende Diskettengröße:

- 3,5" 5,25"

Ich bestelle folgendes Zubehör zur Schutzgebühr von jeweils 4,- DM:

- Adapter für Telefondose Verlängerungskabel

Hiermit beauftrage und bevollmächtige ich die 1&1 Telekommunikation GmbH, mir den Zugang zum Datex-J-Dienst bzw. Bildschirmtext über die 1&1 Angebotsübersicht zu verschaffen. Meine Zugangskennung und mein persönliches Kennwort erhalte ich schnellstmöglich per Einschreiben. Die Vertragsabwicklung erfolgt nach den Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie den Preislisten der Deutschen Bundespost Telekom. **An Kosten entstehen mir aufgrund der aktuellen Preisliste monatlich 8,- DM für die Zugangsberechtigung sowie das jeweils anfallende Verbindungsentgelt.** Mir ist bekannt, daß ich die Zugangsberechtigung jederzeit bei Telekom kündigen kann.

Datum, Unterschrift des Auftraggebers

So einfach geht's:

Fordern Sie Ihr PC-Anschluß-Set noch heute an: Einfach die anhängende Karte ausfüllen und absenden. Oder anrufen zum Nulltarif:

01 30/80 86 06

Sie werden dann ohne weitere Formalitäten bei Telekom als neuer Datex-J-Teilnehmer angemeldet und erhalten Ihre Kennung per Einschreiben direkt von Telekom. Gleichzeitig übersenden wir Ihnen per Post Ihr gewünschtes Anschluß-Set.

Ausfüllen – Abschicken – Online gehen

I&1 Telekommunikation GmbH · Elgendorfer Straße 55 · 56409 Montabaur

Name, Vorname oder Firma

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Der Antragsteller muß Inhaber des angegebenen Telefonanschlusses sein.

Bei Firmen bitte Firmenname und Ansprechpartner nennen.

Ich wünsche den regelmäßigen Bezug des Bildschirmtext-Magazins (Bezugspreis 1,40 DM/Monat)

Bitte mit
80 Pf.
freimachen,
falls Marke
zur Hand

Antwort

**1 & 1 Telekommunikation GmbH
CDU Datex-J-Bestellservice
Elgendorfer Straße 55**

56409 Montabaur

KCD 103

Europäische Mittelstandspolitik auch für deutsche Unternehmen

Klein- und Mittelunternehmen machen über 90 Prozent der Wirtschaftseinheiten in der Gemeinschaft aus. Seit vielen Jahren kämpfen die mittelständischen Parlamentarier im Europäischen Parlament darum, deren Existenz gegen die Konzentrationstendenzen des Binnenmarktes zu erhalten.

Von ersten Erfolgen nämlich, über „Information“, „Kooperation“ und „Formation“ (Berufsbildung) den Mittelstand mit betrieblicher Zusammenarbeit in mehreren EG-Ländern (joint ventures) in einem Europa ohne Grenzen zu stärken, hat sich die 1988 geschaffene Generaldirektion Mittelstand schon weiterentwickelt. Die Beratungszentren der EG versuchen heute ziemlich professionell, die an Zulieferbeziehungen interessierten Unternehmer zusammenzuführen. Aber auch Verbände wie die Europäische Mittelstandsunion (EMSU) als europäischer Ableger der Mittelstandsvereinigung verschiedener christdemokratischer Parteien, stärken mit Unternehmertreffen im Auftrag der Kommission bis hin nach Polen, Ungarn und die Ukraine die joint ventures mit privatisierten Firmen der mit der EG assoziierten Länder.

Wenn heute die Klein- und Mittelunternehmen 60 Prozent der Arbeitsplätze in der EG schaffen, sollte auch ihren wirtschaftlichen Sorgen, die häufig zu Insolvenzen führen, noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dies wollen wir mit dem neuen Mittelstandsforschungsinstitut oder mit dem von den Europa-Abgeordneten geforderten „Folgenabschätzungsverfahren“ erreichen, wo die Auswirkungen der vielen EG-Richtlinien auf den Mittelstand abgeklopft werden. Eine neue Initiative soll daneben die Mit-

telstandsunternehmen mehr in die Forschungspolitik einbinden. Die Klein- und Mittelunternehmen haben dort heute nur höchstens einen Anteil von 25 Prozent. Deshalb muß in ihrem Interesse eine Entbürokratisierung von Verfahren und Vorschriften europäischer Institutionen und Richtlinien erfolgen.

Die Bundesregierung hat mit ihrem Beitrag zur europäischen Initiative für mehr Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung in der EG gerade mit Maßnahmen wie dem Standortsicherungsgesetz für

Von Ursula Braun-Moser, Mitglied des Europäischen Parlaments

eine investitionsfreundliche Steuerpolitik, mit Initiativen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit wie auch zur Begrenzung der Lohnzusatzkosten entscheidende Schritte gemacht, das wirtschaftliche Umfeld für den Mittelstand zu verbessern. Wichtig ist, daß wir die Maßnahmen auf den gesamten Mittelstand abstellen.

Zum Aufbau des Mittelstandes auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern haben sich die Abgeordneten der EVP-Fraktion gerade für neue Programme hinsichtlich der Stärkung der privatisierten Unternehmen und zur Förderung der joint ventures mit Unternehmen der assoziierten Länder eingesetzt.

Denn ohne privates Eigentum für möglichst viele Einzelunternehmer zu begründen, werden wir in den früheren Ostblockländern auf die Dauer nicht Demokratie und Marktwirtschaft und das Interesse an der Politik erhalten können. ■

Frauenbeauftragte dürfen keine Alibifunktion haben

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz erklärten der Spitzenkandidat der niedersächsischen CDU für die Landtagswahl 1994, Christian Wulff, die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Frauenpolitik, Maria Böhmer, sowie die CDU-Landtagsabgeordneten Rita Pawelski und Irmgard Vogelsang:

Die entscheidende Weichenstellung zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung ist durch das entschlossene Zusammenstehen der CDU/CSU-Politikerinnen in der Gemeinsamen Verfassungskommission bei der Ergänzung des Artikel 3 erfolgt, so daß endlich Klarheit in den rechtlichen Rahmenbedingungen herrscht und künftige Regelungen zur Gleichstellung verfassungskonform sind.

Mit dieser Änderung des Art. 3 wurde gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung für das von Bundesministerin für Frauen und Jugend, Angela Merkel, vorgelegte Gleichberechtigungsgesetz des Bundes geschaffen. Es ist ein wirksamer Beitrag für eine verbesserte Chancengerechtigkeit von Frauen im Beruf und im öffentlichen Leben und unterstreicht die Vorbildrolle der öffentlichen Hand.

Der CDU-Spitzenkandidat für Niedersachsen kündigte an, daß — auf der Basis des Gesetzentwurfes von Frau Merkel — die CDU ein ergänzendes Gesetz für die niedersächsische Landesebene vorlegen werde, das sich an folgenden Eckpunkten ausrichte:

- Gesetzlicher Anspruch auf Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst (auch auf Leitungspositionen), erweiterte Stellenaus-

schreibungen in Teilzeitform und ein umfassendes Benachteiligungsverbot von Teilzeitbeschäftigten,

- Ausbau der berufsfördernden Maßnahmen während familienbedingter Beurlaubung,

- Verpflichtung zur Frauenförderung in der öffentlichen Verwaltung durch Aufstellen gezielter Frauenförderpläne statt starrer Quotenvorgaben,

- Einführung von Frauenbeauftragten in Dienststellen der öffentlichen Verwaltung mit mehr als 50 Beschäftigten,

- gleichberechtigte Berücksichtigung von Frauen bei der Vertretung in Gremien, Aufsichtsräten etc.,

- Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz.

Die CDU-Politiker/innen setzten sich damit auch deutlich vom Konzept „starrer Quoten“ ab. Neben ihrer „rechtlichen Zweifelhaftigkeit“ seien starre Zwangsquoten „ein völlig ungeeignetes Instrument, partnerschaftliches Denken und Verständnis für die weitere Förderung von Frauen im Beruf zu wecken“.

„Verpflichtende Regelungen“ heißt gerade nicht die Einführung von starren, unflexiblen Quoten, wie dies insbesondere von der SPD gefordert worden ist. Statt starrer Maßzahlen braucht es vielmehr klare und verbindliche Zielvorgaben, die sich aber an der Ausgangssituation der jeweiligen Dienststellen orientieren und die diese eigenverantwortlich setzen müsse. Frauenförderung muß also integrierter Bestandteil der Personalplanung werden, forderte die Vorsitzende

Stetiger Aufwärtstrend vor allem Verdienst von Christian Wulff

Den beispiellosen Einsatz des CDU-Spitzenkandidaten für die kommende Landtagswahl, Christian Wulff, und die hohe Motivation der Parteibasis hat der Landesvorsitzende der Niedersachsen-CDU, Josef Stock, für den stetigen Aufwärtstrend der Niedersachsen-CDU verantwortlich gemacht, der jetzt durch eine von der Landesregierung in Auftrag gegebene Umfrage bestätigt wird.

„Wenn es uns weiter gelingt, wie in den letzten Monaten Schritt für Schritt voranzukommen, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, daß die Niedersachsen-CDU wie bei den beiden letz-

ten Wahlen auch bei der kommenden Landtagswahl wieder stärkste Partei vor der SPD in Niedersachsen wird“. Sowohl bei der Bundestagswahl 1990 wie der Kommunalwahl 1991 hatte die CDU ihre Spitzenstellung in Niedersachsen behauptet. Mit dem umfangreichen Regierungsprogramm lege die Niedersachsen-CDU ein überzeugendes Konzept zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit Niedersachsens vor und gebe überzeugende Antworten in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik sowie zur inneren Sicherheit, erklärte Stock. Das Regierungsprogramm der Niedersachsen-CDU wird am 6. November verabschiedet.

des Bundesfachausschusses Frauenpolitik, Maria Böhmer.

„Darüber hinaus“, so Wulff, „kann es sich die öffentliche Verwaltung gar nicht leisten, durch eine starre Quotenregelung einen Großteil der Mitarbeiter dauerhaft zu entmotivieren“. Vielmehr gelte es, mit diesem Instrument verlässliche und verbindliche Zielvorgaben für die einzelne Behörde einzuführen.

In diesem Zusammenhang müsse auch eine neue Qualität der Frauenbeauftragten im Sinne einer Dienstleistung für die Betroffenen gefordert werden. Frauenbeauftragte müssen mit klaren Kompetenzen und Aufgabenbeschreibungen ausgestattet werden. Sie dürfen keine Alibi-funktion haben.

Der niedersächsische CDU-Spitzenkandidat unterstrich insbesondere die Notwendigkeit, im privatwirtschaftlichen Bereich gleichfalls Regelungen zu treffen, die eine bessere Vereinbarkeit von berufli-

cher Tätigkeit und Familienleben ermöglichen. Wulff: „Eine gesetzliche Verpflichtung der freien Wirtschaft zur Frauenförderung analog zum öffentlichen Dienst ist aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich. Aber wir meinen, daß die Bemühungen verstärkt werden müssen und in der Wirtschaft noch mehr für die besonderen Belange von Frauen getan werden muß. Vor allem die Einrichtung weiterer qualifizierter Teilzeitarbeitsplätze liegt nicht nur im gesamtgesellschaftlichen Interesse, sondern kann auch Unternehmen helfen, gut ausgebildete Mitarbeiterinnen zu gewinnen und zu behalten.“

Wulff sprach sich dafür aus, Kinderbetreuungseinrichtungen auch bei privaten Unternehmen auszubauen, Unternehmenskooperationen, insbesondere von Klein- und Mittelbetrieben zur Förderung von Teilzeit- und Wiedereingliederungsangeboten zu unterstützen. ■

Absatzmöglichkeiten der Entwicklungsländer verbessern

Zum Welternährungstag 1993 erklärte der Vorsitzende des Bundesausschusses „Agrarpolitik“, Richard Bayha:

Drängende Welternährungsprobleme sind auch an der Schwelle zum 21. Jahrhundert ungelöst. 780 Millionen Menschen — das sind 20 Prozent der Bevölkerung in den Entwicklungsländern — leiden an chronischer Unterernährung. Ihr Schicksal in den Brennpunkt unserer Aufmerksamkeit zu rücken, ist ein Ziel des Welternährungstages, der alljährlich Mitte Oktober auf die politische Tagesordnung gerufen wird.

Öffentliche Aufmerksamkeit ist wichtig, politisch verantwortliches Handeln darf sich aber nicht darin erschöpfen. In einer Zeit absoluter Überversorgung mit Nahrungsmitteln in den meisten Industrieländern und gravierender Unterernährung in zahlreichen Entwicklungsländern müssen wir bereit sein, unser Verhalten dort zu ändern, wo es zu Ungerechtigkeiten in der Welt beiträgt.

Das Motto des diesjährigen Welternährungstages „Die Vielfalt der Natur — ein wertvolles Erbe!“ weist darauf hin, daß das drängende Ernährungsproblem auch ein Umweltproblem ersten Grades ist. Noch bietet unsere Erde eine Fülle von Pflanzen- und Tierarten, doch gilt es heute dringender denn je, dieses Nahrungs- und Rohstoffpotential vernünftig zu nutzen. Der Teufelskreis Armut — Umweltzerstörung — Armut muß durchbrochen werden.

Für unsere Politik sind vorrangig zwei Konsequenzen zu ziehen:

● Wir müssen unsere Entwicklungshilfe im Bereich Armutsbekämpfung in ländli-

chen Regionen verstärken. Das Konzept „Hilfe zur Selbsthilfe“ hat sich als richtig erwiesen und muß weitergeführt werden. Armutsbekämpfung heißt nicht nur Produktionssteigerung und Einkommenserrhöhung, sondern schließt auch die Verbesserung der Sozialstrukturen, soziale Sicherheit, Aufbau von Genossenschaften und Selbsthilfeorganisationen ein.

● Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in den Entwicklungsländern müssen verbessert werden. Zum einen müssen die Entwicklungsländer selbst dem Agrarsektor mehr Priorität einräumen, die Bauern müssen gerechtere Preise und einen entsprechenden Anreiz zur Produktionssteigerung erhalten. Zum anderen muß auch unsere Handelspolitik die Absatzinteressen der Entwicklungsländer stärker berücksichtigen. Dies trifft vorrangig für die GATT-Verhandlungen zu. Darüber hinaus ist aber auch der in der Vergangenheit beschrittene Weg, die Absatzmöglichkeiten der Entwicklungsländer über entsprechende Kooperationsabkommen und allgemeine Präferenzsysteme zu verbessern, konsequent weiterzugehen.

Die Entwicklungsländer werden (...) im internationalen Wettbewerb nur dann eine Chance haben, wenn wir ihre wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Innovationsfähigkeit fördern. Für viele Entwicklungsländer ist die Stärkung ihrer Binnenmärkte eine vordringliche Aufgabe, damit die Bevölkerung langfristig ihr Auskommen durch produktive Arbeit selbst erwirtschaften kann.

Aus dem Leitanztrag zum neuen Grundsatzprogramm

Christoph Brübel – neuer Hauptabteilungsleiter Öffentlichkeitsarbeit im Konrad-Adenauer-Haus

Als neuer Leiter der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit in der CDU-Bundesgeschäftsstelle hat am 11. Oktober Dr. phil. Christoph Brübel (34) seinen Dienst angetreten.

Nach dem Studium der Rechts- und Medienwirtschaftswissenschaften hat Christoph Brübel berufliche Erfahrungen als Journalist und Hörfunk- und Fernsehmoderator im öffentlich-rechtlichen Rundfunkwesen gesammelt.

Er leitete eine Fernsehnachrichtenagentur und war Produzent von Hörfunk- und Fernsehwerbespots, die er gelegentlich auch selber gesprochen hat. Zuletzt war er Geschäftsführer

eines mittelständischen Unternehmens der Werbe- und Medienbranche.

Erfahrungen in der Parteiarbeit hat er durch langjährige Mitarbeit in der Jungen Union gesammelt. Er hat dem JU-Landesvorstand Rheinland angehört und war Mitglied im Deutschlandrat. Als Ortsvorsitzender der CDU Bonn-Holzlar ist er in der CDU auch weiterhin aktiv.

Wir können gewinnen

Christoph Brübel: Wichtig ist, daß wir schnell ein schlagkräftiges Team aus Bundesgeschäftsstelle und allen anderen am Wahlkampf Beteiligten schaffen. Wir können gewinnen, und wir wollen gewinnen.

INSEKTEN – nein danke!

Unter diesem Titel hat die Junge Union eine Broschüre herausgebracht, die sich mit der Sektenproblematik befaßt und über die Gefahren von

„Macht, Kommerz und Psychoterror im Namen der Religion“ aufklärt.

Die Broschüre faßt die Ergebnisse einer Tagung zusammen, die die Junge Union im Juni 1992 in Hamburg



durchgeführt hat, aber auch Stellungnahmen von Experten, die sich in Selbsthilfegruppen oder beruflich gegen Sekten organisieren.

Die große Nachfrage hat gezeigt, daß die Junge Union mit ihren Aufklärungsbemühungen auf dem richtigen Weg ist und etwas leistet, was offensichtlich ankommt.

Nachdem alle Exemplare einer ersten und zweiten Auflage vergriffen sind, ist jetzt eine dritte Auflage hergestellt worden.

Die Broschüre ist zu bestellen bei:

Junge Union
Annaberger Str. 283, 53175 Bonn
Tel. 02 28/31 00 11, Fax 02 28/38 45 20
Preis pro Exemplar: 1 DM

Terminplan 1994 der Jungen Union

Januar 1994:

21./22. 1.: Bundesvorstand, Niedersachsen

Februar 1994:

1./2. 2.: Landesgeschäftsführertagung, Bonn

4.—5. 2.: Internationale Kommission, Brüssel

18.—20. 2.: Fachkongreß „Umwelt/Klima“, Bonn

21.—23. 2.: Bundesparteitag der CDU (Grundsatzprogrammdiskussion), Hamburg

März 1994:

11.—13. 3.: Bundesvorstand und Deutschlandrat sowie Fachkongreß Medien

13. 3.: Landtagswahl, Niedersachsen

20. 3.: Kommunalwahl Schleswig-Holstein

21.—27. 3.: Kreisvorsitzendenseminar, Bonn

April 1994:

April oder Juni: Kommunalwahl Rheinland-Pfalz

21.—24. 4.: EJCD Vollversammlung, Berlin/Brandenburg

28. 4.—1. 5.: Bundesvorstandsklausur

Mai 1994:

6./7. 5.: Frauenforum, Bonn

7. 5.: Eröffnung Europawahlkampf, Aachen

21. 5.—4. 6.: Bildungsreise, Israel

Mai: Kommunalwahl Mecklenburg-Vorpommern

Mai: Kommunwahl Thüringen

Juni 1994:

12. 6.: Europawahl

12. 6.: Kommunalwahl Saarland

17.—19. 6.: Internationale Kommission, Bonn

17.—19. 6.: Kreisvorsitzendenseminar, Bonn

12. 6.: Kommunalwahl Sachsen

12. 6.: Kommunalwahl Sachsen-Anhalt

24.—26. 6.: Fachkongreß „Umbruch in der Parteilandschaft“, Bonn

29. 6.—3. 7.: Katholikentag, Dresden

Juli 1994:

1.—3. 7.: Bundesvorstand, Dresden

August 1994:

Mitte August: Treffen aller JU-BT-Kandidaten, Bonn

19.—21. 8.: Sommercamp, Ohrdruf/Thüringen

26.—27. 8.: Bundesvorstand und Deutschlandrat, Dortmund

27. 8.: Wahlkampfauftakt CDU mit Bundeskanzler Helmut Kohl, Dortmund

September 1994:

11. 9.: Landtagswahl Bayern

11. 9.: Landtagswahl Sachsen

Oktober 1994:

1.—15. 10.: Bildungsreise, USA-Ostküste

1./2. 10.: Bundesvorstand

2./3. 10.: Einheitsfete, NRW

23. 10.: Bundestagswahl

23. 10.: Landtagswahl Brandenburg

Peter Hintze: Einladung zum Dialog

Zur Fortsetzung des Dialogs über die zukünftige Ausgestaltung unseres Bildungssystems hat Generalsekretär Peter Hintze in einem Brief die wichtigsten Vertreter von Bildung und Wissenschaft, Hochschulen, Fachhochschulen, Fakultäten und Bildungsstätten eingeladen.

Nach einer fast zweijährigen Diskussionsphase, in der die CDU bereits eingehend mit Experten, Wissenschaftsinstitutionen und Verbänden außerhalb der Partei beraten hatte, ist ein neues gesamtdeutsches Bildungsprogramm entstanden, das auf dem 4. Parteitag der CDU im September in Berlin verabschiedet wurde.

Verkrustungen aufbrechen

Der Beschluß des Parteitags liegt inzwischen auch als Broschüre vor und trägt den Titel: „Erziehung und Ausbildung in unserem freiheitlichen und demokratischen Bildungssystem — Zukunftssicherung durch Leistung, Verantwortung und Gemeinsinn“.

Daß das Thema Bildungspolitik wieder breit diskutiert wird, hat Generalsekretär Peter Hintze in seinem Brief an die Verantwortlichen in Bildung und Wissenschaft nachdrücklich begrüßt. Bildungspolitik sei viel zu lange vernachlässigt

23. 10.: Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern

23. 10.: Kommunalwahl Nordrhein-Westfalen

23. 10.: Landtagswahl Sachsen-Anhalt

23. 10.: Landtagswahl Thüringen

23. 10.: Kommunalwahl Baden-Württemberg

Wir sichern
Deutschlands Zukunft

Erziehung und
Ausbildung in
unserem freiheitlichen
und demokratischen
Bildungssystem

Beschluß des 4. Parteitags der CDU Deutschlands



Bestell-Nr.: 5730,
Verpackungseinheit: 25 Expl.,
Preis je Verpackungseinheit: 21,— DM.
Bestellungen an:
IS-Versandzentrum, Postfach 1164,
33759 Versmold, Fax (054 23) 4 15 21.

worden, und es gelte heute, die dadurch entstandenen Verkrustungen in unserem Bildungssystem aufzubrechen. ■

November 1994:

4.—6. 11.: Deutschlandtag, Berlin

25.—26. 11. (voraus.):
Bundesvorstand, Bonn

26. 11.—6. 12.: Bildungsreise,
Venezuela

27.—29. 11.: CDU-Bundesparteitag,
Bonn

Bestellschein

für den Entwurf des neuen
Grundsatzprogrammes
auf Diskette

--	--	--	--

Kreisverbands-Nr.

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Information
Herrn Geiser
Friedrich-Ebert-Allee 73-75


53113 Bonn


.....
CDU-Verband.....
Name, Vorname.....
Straße.....
Plz., Ort

Telefax: 0228 / 544-372

Ja, ich bestelle

den Entwurf des neuen Grundsatzprogrammes
gespeichert auf:

 3,5 Zoll-Diskette

 5,25 Zoll-Diskette

zum Preis von DM 9,50 zzgl. MwSt. und Versandkosten

.....
Datum, Unterschrift

Mit diesem Bestellschein, den Sie sich auf Ihrem Kopierer vergrößern können, können Sie ab sofort den Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der CDU auch auf Diskette anfordern. Legen Sie das ausgefüllte Formular auf ihr Faxgerät, wählen Sie die angegebene Faxnummer, und so schnell, wie die Post nun einmal ist, haben Sie den gewünschten Text.

Jetzt aktuell für den Herbst:



● **Klare Sicht-Fenster-schwamm**

Damit beseitigen Sie den lästigen Schmierfilm von den Innenscheiben Ihres Pkw.

Bestell-Nr.: 9488

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 29 DM



● **Winddrachen**

mit 25 m Schnur

Bestell-Nr.: 9260

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 16 DM.



● **Reflektorbärchen**

Ein aktiver Beitrag zur Sicherheit im Straßenverkehr, damit unsere Kinder auch bei Dunkelheit gut zu sehen sind.

Bestell-Nr.: 9558

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 34,90 DM.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1164

33759 Versmold

Fax: 0 54 23/4 15 21

Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Für die kalte Jahreszeit:



● CDU-Schal, schwarz-rot-gold

Bestell-Nr.: 9362

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 47,25 DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1164

33759 Versmold

Fax 0 54 23/4 1521

Alle Preise incl. Versand zzgl. MwSt.

Freiheit und Verantwortung

Den Leitantrag des Bundesvorstandes zum neuen Grundsatzprogramm der CDU an den 5. Parteitag vom 21. bis 23. Februar 1994 in Hamburg können Sie ab sofort auch in unserem Versandzentrum in 33759 Versmold, Postfach 1164 (Fax: 054 23-4 1521) bestellen:

● Bestell-Nr.: 5735

Verpackungseinheit: 50 Exemplare

Preis je Einheit: 34,50 DM

UID

32/1993

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050), Abonnementpreis jährlich 52,- DM, Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** WVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.